

GESUNDHEIT

Undurchschaubar: Rechtliche Betreuung im Pflegebereich

Das Papier „Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung. Eine Schwachstellenanalyse von Transparency International Deutschland“ zeigt aktuell die Schwachstellen des deutschen Pflegesystems auf. Bertram Abel, Transparency-Mitglied und freiberuflicher Unternehmensberater, hat sich insbesondere mit den problematischen Auswirkungen des reformierten Betreuungsrechtes beschäftigt. Anke Martiny, Mitglied im Vorstand von Transparency Deutschland, stellt die Transparency-Studie in Grundzügen vor.

Aus dem Pflegealltag ist folgende Situation bekannt: ein betagter Patient wird nach einem Eingriff aus dem Krankenhaus entlassen. Ohne wieder nach Hause zu kommen, wird er direkt in das Heim eines bestimmten Trägers verlegt. Ein per Eilentscheidung eingesetzter Berufsbetreuer hat das so bestimmt. Der hat sich nicht die Mühe gemacht zu klären, ob die Familie des Patienten Vorkehrungen für seine Rückkehr getroffen hatte oder ob in seiner häuslichen Umgebung Rehabilitation und Unterstützung im Alltag mithilfe Dritter arrangiert werden könnte. Zwischen Krankenhaus und Pflegeheim bestand anscheinend ein kurzer Draht, vermutlich genügte ein Anruf. Wenn einmal die Weichen so gestellt sind, ist es für die Angehörigen schwer, die Entscheidung des Betreuers zu korrigieren.

Wer trägt die Konsequenzen? Es trifft den alten Menschen, der außerhalb seines gewohnten Umfelds unglücklich ist, sowie seine irritierten Angehörigen. Die gesetzliche Pflegeversicherung muss bei stationärer Pflege höhere Beiträge übernehmen als bei ambulanter Pflege. Aber ein gewichtiger Teil der Kosten muss privat getragen werden. Möglicherweise muss auch die Sozialhilfe einspringen, denn nicht alle Versicherten und ihre Familien können die hohen Eigenanteile selbst bezahlen.

Erstmals Schwachstellenanalyse

In dem im August 2013 veröffentlichten Papier von Transparency Deutschland zum Thema Pflege wird der Bereich der rechtlichen Betreuung eingehend behandelt. Damit betritt Transparency Neuland. Obwohl der Anteil der Erwachsenen, die unter rechtlicher Betreuung stehen, bei zwei Prozent liegt – ein Großteil der Betroffenen ist dement – wird dieser Sektor bisher fast nur in Fachzirkeln behandelt. Eine

Analyse der Schwachstellen dieses Systems stand bislang aus. Die Patienten und ihre Angehörigen sind mit den oft undurchschaubaren Vorgängen überfordert und stehen mit ihren Nöten alleine da.

Die rechtliche Betreuung löst die frühere Vormundschaft oder Gebrechlichkeitspflegschaft ab. Sie wurde häufig von Beamten in den Kommunen ausgeübt, die als Amtsträger strengen Auflagen des Bestechlichkeitsverbotes unterliegen. Heute sind es stattdessen – neben ehrenamtlich Betreuenden – deutschlandweit rund 12.000 selbständige Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer, die von den Gerichten eingesetzt werden. Ein einheitliches Berufsbild gibt es nicht, jeder kann Betreuer werden. Jedoch erhalten sie in der Regel umfassende Kompetenzen und dies häufig für den gesetzlich zulässigen Zeitraum von sieben Jahren, bis eine erste Überprüfung erfolgt. Sie betreuen oft 50, manchmal bis zu 100 Menschen gleichzeitig.

Die Macht der Berufsbetreuer

Seit im Jahr 1992 das neue Betreuungsrecht in Kraft trat, ist die Zahl betreuter Menschen massiv angestiegen. Geradezu explodiert sind die Kosten, die der Privatsektor und der öffentliche Sektor für rechtliche Betreuung zu tragen haben. Denn im Schatten der Justiz etablierte sich ein privatwirtschaftlich verfasster Sektor, in den große Summen fließen. Berufsbetreuer erhalten nicht nur pauschale Vergütungen, die die Kos-

ten treiben. Sie haben gleichzeitig auch Einfluss auf die Auswahl von Pflegediensten, Heimen, Krankenhäusern und ambulanten Diensten. Mit der Arztwahl entscheiden sie auch über Therapien und Behandlungen. Sie schließen entsprechende Verträge ab oder geben Zustimmungen. Sie besitzen also erhebliche Macht über die von ihnen betreuten Menschen und sind nur den Gerichten gegenüber rechenschaftspflichtig.

Korruptionsanfällig

Transparency hat den Bereich unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsanfälligkeit analysiert. Damit wurde eine überfällige Diskussion angestoßen. Die Öffentlichkeit hat das Thema aufgegriffen. Die Forderungen von Transparency richten sich auf die Stärkung der Aufsicht und Kontrolle, auf die Anwendung strenger strafrechtlicher Regeln über Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung, auf die Einrichtung eines bundesweiten Registers für Berufsbetreuer mit Erfassung von Beschwerden und Verstößen sowie auf die Förderung von Forschung zur Betreuungskriminalität.

Bertram Abel |



Foto: matchka / pixelio.de

Er wird immer teurer, aber ist er auch gut?

Transparency Deutschland hat im August 2013 ein 50-Seiten-Papier vorgelegt, das die Schwachstellen des deutschen Pflegesystems beschreibt. Alle Medien haben breit darüber berichtet, die Urteile waren überwiegend positiv: Endlich greift mal jemand mit Sachkunde die Probleme in diesem Sektor auf! Denn die vergangene Bundesregierung hatte vier Jahre verstreichen lassen, ohne dass die Mängel des Systems angegangen worden wären.

Kritik von den Pflegeverbänden

Kritisch zu dem Papier hatten sich die Pflegeverbände geäußert, denn das Pflegepersonal fühlte sich durch die Beschreibung der offenkundigen Unzulänglichkeiten persönlich angegriffen. Im kommenden Jahr soll daher bei einer Fachkonferenz mit Experten geklärt werden, wo nach Transparency-Meinung die grundlegenden Forderungen nach größerer Transparenz und nach wirksamen Kontrollen ansetzen müssen.

Ein undurchsichtiges Netz

Im deutschen Pflegesystem landet viel Geld der Versicherten und der Sozialhilfekassen nicht dort, wo die Versicherten und die Beschäftigten es brauchen, sondern versickert im undurchsichtigen Netz der Systeme. Denn beim „Produkt Pflege“ wirkt im Vergleich zum Gesundheitssektor eine noch größere Zahl von Akteuren mit: auf der Finanzierungsseite außer dem

Privateinkommen der Menschen die Pflegekassen und die ergänzende Sozialhilfe, aber auch die Krankenkassen, die Reha-Leistungen der Rentenversicherung, sowie im Einzelfall andere Gesetze wie zum Beispiel die gesetzliche Unfallversicherung. Diese Vielgestaltigkeit der Finanzierung von Leistungen ist für die Betroffenen schwer durchschaubar und überhaupt nicht kontrollierbar. Sie kann ein Einfallstor für versehentliche oder absichtliche Falsch- oder Doppelabrechnungen, aber auch für „kreative Buchführungsmethoden“ sein, die verschleiern wollen, dass Kosten nicht dort entstanden sind, wo sie gebucht werden.

HeimbewohnerInnen und Angehörige, die eigentlichen Finanziers der Pflege, haben bis heute keine durchsetzbaren Mitbestimmungsrechte. Es gibt lediglich „Mitwirkungsrechte“, die im Sinne von Informations- und Anhörungsrechten zu verstehen sind. Eine Schlüsselrolle im Pflegebereich nimmt der Medizinische Dienst der Krankenversicherung MDK ein, der als Gemeinschaftseinrichtung der Kranken- und Pflegekassen auch für den Pflegebereich zuständig ist. Er erstellt Pflegegutachten, bewertet die Versorgung mit Pflegehilfsmitteln und spielt bei der Festlegung von Qualitätsstandards in der Pflege durch seine Prüfungen eine wichtige Rolle. Die von der Pflege betroffenen Menschen oder ihre Angehörigen erfahren aber nichts über die Ergebnisse der Kontrollen des MDK, denn Vertragspartner der Betroffenen sind die Heime oder Pflegedienste.

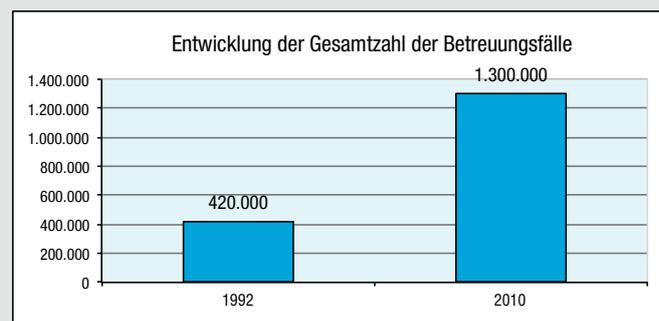
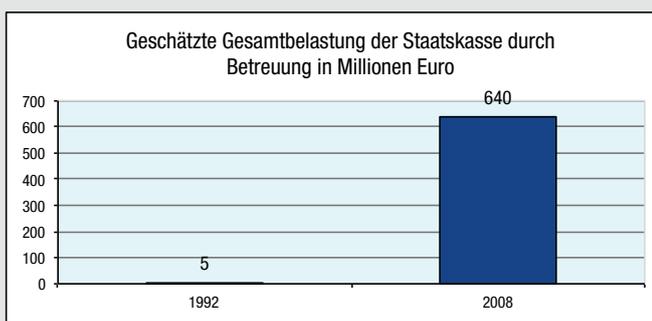
Problem aktiv angehen

Vielfach besteht der Verdacht von gesetzlich nicht zulässiger Quersubventionierung. Da der MDK bei seinen Prüfungen aber kein Durchsuchungsrecht besitzt, sind seine Kontrollen weitgehend wirkungslos für das Aufdecken möglicher Missstände. Sanktionen, zum Beispiel wegen wirtschaftlicher Unzuverlässigkeit, werden kaum jemals ausgesprochen, weil sie, wie von couragierten Sozialamtsmitarbeitern bestätigt wurde, in Verwaltungsgerichtsverfahren selten standhalten.

Das Problem liegt darin: Während die namhaften Heimbetreiber bundesweit agieren, sind die Prüfbehörden regional, bestenfalls landesweit organisiert. Ein deutschlandweites Register darüber, welcher Betreiber wie oft gegen Regelungen verstoßen hat, existiert nicht. Systematische Verstöße lassen sich so kaum feststellen. Die rechtlichen Möglichkeiten zum Eingreifen sind äußerst beschränkt. Die Forderungen von Transparency zielen auf bessere Informations-, Kontroll- und Vertretungsrechte für die Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen, ferner auf eine größere Transparenz bei der Verwendung der Eigenmittel der Pflegebedürftigen, schließlich auf anonyme Hinweisgebersysteme und einen wirksamen Whistleblower-Schutz. amy |

Die Analyse „Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung. Eine Schwachstellenanalyse von Transparency International Deutschland“ ist im Internet unter www.transparency.de abrufbar.

Seit der Reform des Betreuungsrechtes im Jahr 1992 hat sich die Gesamtzahl der Betreuungen in Deutschland gegenüber 2010 mehr als verdreifacht. Die gesamten Betreuungskosten für die Staatskasse sind im Vergleich zwischen 1992 und 2008 ebenfalls enorm gestiegen.



Quelle: Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung